



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer, Barbara Becker, Alexander Flierl, Dr. Martin Huber, Dr. Petra Loibl, Klaus Steiner, Martin Wagle CSU

Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für energieintensive Unternehmen schaffen – Europäischen Industriestrompreis einführen, Stromsteuer auf den EU-Mindestsatz senken und EEG-Umlage abschaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass eine bezahlbare Stromversorgung zu den Grundbedürfnissen der Bevölkerung, aber auch zu den Grundvoraussetzungen der Wettbewerbsfähigkeit bayerischer Unternehmen – insbesondere in energieintensiven Branchen – gehört. Die bayerische Wirtschaft steht in einem international harten Wettbewerb und die aktuellen Strompreise sowie deren voraussichtliche zukünftige Entwicklung stellen dabei einen erheblichen Standortnachteil dar. Gleichzeitig zeigen die wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie die Störanfälligkeit globaler Lieferketten, z. B. in der Halbleiterbranche und die Notwendigkeit, Produktionskapazitäten für wichtige Wirtschaftsgüter innerhalb der EU zu halten bzw. wieder verstärkt anzusiedeln. Ein global wettbewerbsfähiger Strompreis stellt hierfür einen wesentlichen Faktor dar. Eine Möglichkeit, dies für die energieintensive Industrie zu gewährleisten, ist ein europaweiter Industriestrompreis auf international wettbewerbsfähigem Niveau. Zusätzlich kann auf nationaler Ebene zur Entlastung des gesamten im internationalen Wettbewerb stehenden produzierenden Gewerbes die Stromsteuer auf den EU-Mindestsatz gesenkt sowie die EEG-Umlage (EEG = Erneuerbare-Energien-Gesetz) abgeschafft werden, um dem aktuellen Trend steigender Energiekosten kurzfristig entgegenzuwirken.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich über den Bundesrat dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung auf EU-Ebene für die Einführung eines global wettbewerbsfähigen, europaweiten Industriestrompreises eintritt.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung, insbesondere über den Bundesrat, für eine Absenkung der Stromsteuer auf den EU-Mindestsatz und eine Abschaffung der EEG-Umlage einzusetzen.

Begründung:

Die Wirtschaft ist, insbesondere in energieintensiven Branchen, auf einen wettbewerbsfähigen Strompreis angewiesen. Im internationalen Vergleich stellt der aktuelle sowie zukünftig absehbare Strompreis einen Standortnachteil dar. Nachdem die Folgen der

Coronapandemie die Störanfälligkeit globaler Lieferketten bei wichtigen Wirtschaftsgütern, z. B. aktuell Halbleitern, deutlich gezeigt haben, ist es angezeigt, auch das produzierende, energieintensive Gewerbe in der EU zu halten bzw. wieder verstärkt anzusiedeln. Ein wichtiger Schritt dazu wäre die Einführung eines EU-weiten Industriestrompreises. Die EU-Kommission hat einen solchen mit Verweis auf das aktuell gültige EU-Recht abgelehnt. Daher ist es notwendig, dass Deutschland als Mitgliedstaat der EU seinen Einfluss für eine entsprechende Anpassung des EU-Energie- sowie des Beihilferechts geltend macht, damit die Einführung eines europäischen Industriestrompreises möglich wird.

Um den aktuell stark steigenden Energiepreisen auch kurzfristig entgegenzuwirken, soll auf nationaler Ebene die Stromsteuer auf den EU-weiten Mindestsatz gesenkt und die EEG-Umlage abgeschafft werden. Hierzu soll sich die Staatsregierung insbesondere über den Bundesrat einsetzen.

Quellen: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-9-2021-001361_DE.html

<https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/energiepolitik-streit-um-strom-fuer-industrie-neues-konzept-sieht-einheitlichen-preis-in-eu-vor/25872476.html>